Ausgabe 1/2016

Informationen der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen (ASF)
Baden-Württemberg

SPD
Baden-Württemberg

ASF aktuell

LANDESKONFERENZ Bericht und Ergebnisse - ab Seite 2
LANDESVORSTAND Alle Vorstandsfrauen auf einen Blick - ab Seite 4
LANDTAGWAHL Frauen wählt Frauen - ab Seite 8

AUF IN DEN LANDTAGSWAHLKAMPF!

FÜR GLEICHSTELLUNG UND GEGEN RECHTSPOPULISMUS

Andrea Schiele ist neue ASF-Landesvorsitzende

Liebe Leser und Leserinnen,

im Oktober 2015 fand die Landesdelegiertenkonferenz der AsF Baden-Württemberg in Ulm statt. An dieser Stelle möchte mich noch einmal ganz herzlich für das Vertrauen und für meine Wahl zur Landesvorsitzenden bedanken. Der Vorstand hat sich zum einen zur Hälfte erneuert und zum anderen deutlich verjüngt. Einen ausführlicheren Bericht zur LDK und Kurzporträts der Frauen bilden einen Teil dieser Ausgabe.

Die Konferenz stand unter dem Motto „Es ist Zeit: Parität!“ Es referierte Prof'in. Dr. Silke Laskowski von der Universität Kassel. Dass Frauen in Parlamenten deutlich unterrepräsentiert sind, ist gerade in Baden-Württemberg, welches das Schlusslicht bildet, keine Neuigkeit. Auch wurde die Forderung der ASF und der SPD Baden-Württemberg nach verbindlichen gesetzlichen Regelungen zur Besetzung von Kandidat/innen-Listen untermauert, denn ohne diese wird sich nichts ändern.

Die gleichstellungspolitische Schnecke scheint hier nun doch etwas in sichtbare Bewegung zu geraten: auf Bundesebene hat sich eine Kommission mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit eines Parité-Gesetzes in Deutschland befasst und kam zu dem klaren Ergebnis: Ja! Ein Parité-Gesetz ist möglich und verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Das von Manuela Schwesig geführte Ministerium wird hierzu wohl eine Initiative starten. Die Bundes-ASF plant für 2016 zwei Veranstaltungen, davon eine in Baden-Württemberg. Der ASF-Landesvorstand freut sich sehr über dieses gleichstellungspolitische Signal, da es auch unsere Forderung, im Landtagswahlprogramm die verbindliche Aussage zur Änderung des Landtagswahlrecht erneut aufzunehmen, unterstützt. Was mit der Mehrheit der aktuellen Landtagsfraktion nicht möglich war, ist dann ja vielleicht mit der künftigen Fraktion möglich. Auf jeden Fall werden wir in der ASF nicht müde, solange die Beschlusslage einzufordern, bis wir auch in Baden-Württemberg – als letztes Bundesland - ein Listenwahlrecht haben.

Die (Nicht-) Beteiligung von Frauen in Parlamenten findet sich daher in dieser Ausgabe ebenso in Artikeln wieder, wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen, die mehr Beteiligung von Frauen unterstützen können.

IN DIESER AUSGABE

Editorial	Seite 1
Landesdelegiertenkonferenz 2015	Seite 2
Wahlergebnisse	Seite 3
Who is who	Seite 4
Taten statt Worte! Es wird Zeit!	Seite 8
Erfolgsmeldung	Seite 9
Bürgermeisterin gesucht	Seite 10
Kostenfreie Bildung - auch für die Kleinsten	Seite 11
Impressum	Seite 11

Liebe Leser und Leserinnen,

wir befinden uns mitten im Landtagswahlkampf. Egal welche Themen uns bewegen und was wir von einer Landesregierung erwarten, eines ist klar: Eine rechtspopulistische wie auch eine rechtsextreme Partei im Landtag ist gerade auch aus gleichstellungspolitscher Sicht keine Alternative. Das rückwärtsgewandte und hierarchische Gesellschafts- und Frauenbild braucht niemand in diesem Land. Dass es in einer aufgeheizten Debatte um sexuelle Übergriffe und die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten nicht immer leicht ist auf diese populistischen Herausforderungen angemessen und situationsgerecht sachlich zu reagieren und **nicht** auf den Zug aufzuspringen, erleben wir quer durch (leider) alle Parteien. Den Weg für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten finden wir nicht durch sich immer noch mehr überschlagende Forderungen, sondern durch engagiertes Handeln, welches als erstes mehr Fachpersonal – auch in den umsetzenden Behörden - voraussetzt. Da dieses jedoch nicht so einfach und vor allem schnell zu haben ist, wäre hier Zurückhaltung zu Äußerungen über schnelle Abwicklungen und Rückführungen doch zumindest hilfreich. Gleiches geht um die seit Silvester geführte Diskussion um sexuelle Übergriffe in der Silvesternacht: Bei jeder Menschenansammlung (nicht nur bei den großen), sowieso wenn Alkohol im Spiel ist, muss frau mit körperlichen und sprachlichen Anmachen rechnen und umgehen. Solange Frauen gerne zu „mehr Gelassenheit“ und weniger „Aufgeregtheit“, weil das alles „ja nicht so gemeint“ sei, geraten wird, ist es doch sehr überraschend, wie vehement jetzt „in unserer Gesellschaft“ die „wertschätzende und gleichgestellte“ Haltung gegenüber Frauen verteidigt wird. Gewalt gegen Frauen, egal, wann, wo und von wem, ist eine Straftat - und das nicht erst seit Silvester 2015. Beide Themen eignen sich nicht für den Wahlkampf und bei beiden Diskussionen muss gefragt werden, wem sie denn nutzen sollen – den jeweils Betroffenen jedenfalls nicht.

In diesem Sinne möchte ich mit einem Zitat von Barbara Prammer enden: „Rassismus, Gewalt und Ausgrenzung sind ein Widerspruch zur Demokratie und dürfen in einer Gesellschaft keinen Platz haben.“

Andrea Schiele
ASF-Landesvorsitzende

ES IST ZEIT - PARITÄT!

BERICHT VON DER LANDESDELEGIERTENKONFERENZ

Wie bereits bei den letzten beiden Konferenzen befasste sich die Landesdelegiertenkonferenz erneut mit der Frage paritätischer Besetzung der Kommunal- und Landesparlamente. Mit dem Motto „Es ist Zeit – Parität!“ setzten wir es am 24.10.2015 in Ulm dieses Mal als Schwerpunktthema.

Prof. Dr. Silke R. Laskowski von der Universität Kassel führte ins Thema ein.

Seit 1949 sind Frauen durchgängig in den Parlamenten in der repräsentativen Demokratie Deutschlands deutlich unterrepräsentiert. Die gleichberechtigte politische Teilhabe ist jedoch Voraussetzung für gleichberechtigten Gesetze. Nicht, weil Frauen es besser machen, sondern weil es weitere Perspektiven der Betrachtung eines Problems hinzufügt.

Wenn Frauen über 50 % der Bevölkerung aber nur 10-30 % der Entscheiderinnen in den Parlamenten stellen, dann kann diese Demokratie nicht länger für sich beanspruchen, repräsentativ zu sein. Oder um es mit Dr. jur. Elisabeth Selbert (SPD) zu sagen: „Die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in den Parlamenten ist doch schlicht Verfassungsbruch in Permanenz.“ Laut Laskowski ist für eine tatsächliche Repräsentanz der (Wahl-)Bürgerinnen und Bürger im Parlament („Volk“) und für eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe der (Wahl-)Bürgerinnen und Bürger an staatlicher Herrschaft („effektive Einflussnahme“) das Wahlrecht von entscheidender Bedeutung. Der derzeitige Anteil von nur 20,3 % weiblicher Abgeordneten im baden-württembergischen Landtag macht das deutlich. Als einziges Bundesland ohne Listenwahlrecht hat es die geringste Frauenbeteiligung im Ländervergleich.

Talkrunde mit Andrea Schiele, Diana Bayer, Prof‘in Silke Laskowski und Luisa Boos (v.l.)

Ein Einwand der an dieser Stelle immer gerne kommt, ist der Hinweis, dass auch männliche Abgeordnete Interessen von Frauen vertreten. Dass sich das in der Gesamtsituation so nicht darstellt, macht folgende Aufstellung von Prof‘in Laskowski deutlich:

- Seit 66 Jahren kein Gesetz zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern
  - 25 % „Gender Pay Gap“ bundesweit, (höchster Gender Pay Gap 27 % in Baden-Württemberg
  - 60 % „Gender Pension Gap“ = hohe Gefährdung von Altersarmut betroffen zu sein!
- Seit 66 Jahren kein Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft !
  - Seit 66 Jahren fehlendes Quotierungsgesetz für Aufsichtsräte und Vorstände !

- Fehlende wirksame Gleichstellungsgesetze für den Öffentlichen Dienst, Hochschulen, Gerichte (Bund/ Länder)!
- Keine wirksamen paritätischen Gremienbesetzungsgesetze (Gerichte, Kommissionen)
- Fehlende rechtliche und finanzielle Absicherung von Frauenhäusern für Opfer häuslicher Gewalt = Frauen und deren Kinder
- Ehegattensplitting, das die Nichtberufstätigkeit von Frauen faktisch seit 66 Jahren fördert (und dadurch deren mangelnde Altersabsicherung, s. o.)
- etc. ... etc. ....

Mit dieser unvollständigen Auflistung wird einmal mehr deutlich: Alle freiwilligen Appelle haben nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Situation der Frauen geführt. Zwar dürfen wir theoretisch alles und haben in der Theorie auch alle Zugänge. Doch wenn es um die Verteilung von Ressourcen (Geld) und Macht und damit um Gestaltungsmöglichkeiten geht, entscheidet eine Mehrheit von Männern. Und das widerspricht dem Auftrag aus Art. 3,2 GG. Ohne eine verbindliche gesetzliche Regelung zur Besetzung von Kandidat/innen-Listen wird sich daran auch nichts ändern. Eine Reform des Wahlrechts hin zu einem Listenwahlrecht ist deshalb in einem ersten Schritt in Baden-Württemberg dringend geboten.

Zu einer echten Demokratisierung des Wahlrechts braucht es gesetzliche Paritätsregelungen. Diese sind laut den Ergebnissen einer Arbeitsgruppe im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BM FSFJ) vom Juni 2015 auch verfassungskonform möglich und würden keinem der Artikel im Grundgesetz widersprechen. Ganz im Gegenteil. Der aktive Auftrag an den Staat im Art. 3,2 für die gleichberechtigte Teilhabe unterstützt dieses sogar. Im BM FSFJ wird nun an einer gesetzlichen Umsetzung auf Bundesebene gearbeitet. Ziel ist eine nach Geschlecht abwechselnde Besetzung von Kandidat_innen bei Listenwahlen. Vorbild können hier die Parité – Gesetze in Frankreich (2001) oder Tunesien (2015) sein.

In der anschließenden Diskussionsrunde mit Prof'in Laskowski, Diana Bayer (Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen und Gleichstellungsbeauftragten Baden-Württemberg) wurde eines nochmal deutlich: Wir wollen nicht mehr länger auf eine freiwillige Erhöhung des Frauenanteils im Landtag warten. Es ist an der Zeit! Parität jetzt!

In Baden-Württemberg fordert die ASF - wie auch die Landes SPD - die Einführung eines Listenwahlrechts. Wir unterstützen daher auch uneingeschränkt die Transparenz-Kampagne „Frauensicht – Die Landtagswahl 2016" (http://www.frauensicht-bw.de/) des Landesfrauenrats. Leider zeichnet sich bereits jetzt ab, dass der Frauenanteil im nächsten Landtag noch geringer sein wird.

Sollte es zu einer erneuten Regierungsbeteiligung er SPD kommen, werden wir eine weitere Verzögerung der Umsetzung der Beschlüsse der SPD nicht hinnehmen. In einem Koalitionsvertrag muss sich das eindeutig und in der Umsetzung dann engagiert wiederfinden.

Erhielt lang anhaltenden Beifall: Anette Sorg

Neben dem Schwerpunktthema fanden Neuwahlen des ASF-Landesvorstands statt. Als Landesvorsitzende wurde Andrea Schiele gewählt. Sie tritt damit Nachfolgerin von Anette Sorg an, die nicht mehr kandidiert hatte. Anette Sorg gehörte dem ASF-Landesvorstand insgesamt acht Jahre an, davon vier Jahre als Landesvorsitzende. Nach einem sehr kämpferischen Rechenschaftsbericht wurde sie von den Delegierten mit lang anhaltendem Beifall verabschiedet. Wir wünschen Anette alles Gute und hoffen, noch viel politisch von ihr zu hören.

Andrea Schiele

WAHLERGEBNISSE

ALLE GREMIEN AUF EINEN BLICK

LANDESVORSTAND:

Vorsitzende:	Andrea Schiele
Stellvertreterinnen:	Luisa Boos Rebecca Hummel
Beisitzerinnen:	Silvia Fiebig, Svenja Frieß Stella Kirgiane-Efremidis Maria Mauch-Felekidou Dagmar Neubert-Wirtz Hanna Rosahl-Theunissen Annette Sawade Dr. Claudia Schöning-Kalender Clara Streicher Viviana Weschenmoser

Der neugewählte ASF-Landesvorstand

ANTRAGSKOMMISSION:

Katrin Distler
Karin Schuster
Susanne Tröndle
Dominique Odar
Anette Sorg

VERTRETERINNEN IM BUNDESAUSSCHUSS:

Schiele, Andrea
Boos, Luisa (Ersatzdelegierte)
Hummel, Rebecca (Ersatzdelegierte)

BUNDESDELEGIERTE:

Cordula Becker
Silvia Fiebig
Rebecca Hummel
Maria Mauch-Felekidou
Hanna Rosahl-Theunissen
Andrea Schiele
Anette Sorg
Susanne Tröndle
Luisa Boos
Svenja Frieß
Stella Kirgiane-Efremidis
Angelika Peter
Annette Sawade
Claudia Schöning-Kalender
Clara Streicher

Ersatzdelegierte:

Dagmar Neubert-Wirtz
Ursula Wertheim-Schäfer
Renate Merten
Dorothea Hertenstein
Viviana Weschenmoser
Karin Schuster
Anita Fitz
Kirsten Braun

WHO IS WHO?

DIE LANDESVORSTANDSMITGLIEDER STELLEN SICH VOR

LUISA BOOS

ist 31 Jahre alt und wohnt als alleinerziehende Mutter mit ihrem Sohn in Sexau, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Emmendingen. Sie war u.a. zwei Jahre stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Baden-Württemberg und trieb dort die gleichstellungspolitische Arbeit voran. 2013 wurde sie erstmalig in den ASF-Landesvorstand als Pressereferentin und 2015 schließlich zur stellv. ertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Durch ihre Verwurzelung in alle Ebenen der Partei, zum Beispiel als Ortsvereinsvorsitzende, stellvertretende Kreisvorsitzende, Mitglied der Antragskommission oder Bundesparteitags- bzw. Parteikonventsdelegierte kann sichergestellt werden, dass von der ASF angestoßene Gleichstellungsthemen breit getragen und vorangetrieben werden. Mit der Nominierung durch die ASF konnte Luisa 2014 in den Landesfrauenrat gewählt werden. Dort arbeitet sie als Öffentlichkeitsbeauftragte an den zentralen Themen des Landesfrauenrats mit und sitzt in einigen Beiräten und Arbeitsgruppen von Ministerien, Bündnissen und Verbänden. Neben der Gleichstellungspolitik ist das Engagement für ein geieintes, soziales und demokratisches Europa Luisas große Leidenschaft. Sie beeinflusste nicht nur maßgeblich die europapolitische Beschlusslage der SPD Baden-Württemberg, sondern versucht ihre Vision von Europa in zahlreichen Veranstaltungen weiterzugeben und die SPD wieder zu einer Partei zu machen, die Europa tatsächlich lebt.

SILVIA FIEBIG

Bildungssoziologin, Doktorandin (Pädagogische Hochschule, Freiburg) mit dem Schwerpunkt: Migration und Bildung/ Schule in der Einwanderungsgesellschaft.

Politische Schwerpunkte: Bildungs- und Migrationspolitik/ Gleichstellungspolitik

Politische Aktivitäten: ASF- Landesvorstand , SPD- Kreisvorstand Freiburg, ASF- Vorstand Freiburg, AK Migration, Freiburg (Vorsitzende), Vorstand Frauenring Freiburg-Breisgau e.V.

Was möchte ich gemeinsam mit den anderen Landesvorstandsfrauen der ASF mit voranbringen?

- Die Arbeit im Bereich Bildung und Migration intensivieren. Dazu möchte ich mein Fachwissen mit einbringen.
- Die Asyl-/Flüchtlingspolitik kritisch und konstruktiv begleiten, - mit dem Fokus u.a. darauf: dass geflüchtete Frauen bereits von Beginn an ihrer Flucht mit geschlechtsspezifischen Benachteiligungen konfrontiert sind. Politische Lösungen diesbezüglich sind notwendig.
- Ausgestaltung einer Einwanderungspolitik, in der gleichstellungspolitische Leitlinien ein wesentliches Grundprinzip sind.
    - Bei Bildungs- und Integrationsmaßnahmen von Beginn an auf gleichberechtigten Zugang setzen: - so dass Einwanderung für Mädchen und Frauen nicht zum gesellschaftlichen Abstieg oder gar „Ausstieg aus der Gesellschaft“ wird.
- Im Bereich Bildung sind in den letzten Jahrzehnten enorme Verbesserungen in der Bildungssituation von Mädchen und Frauen erzielt worden.
- Nach wie vor liegen dennoch bei zugewanderten und nicht zugewanderten Frauen spezifische Bildungsbenachteiligungen vor, gegen die systematisch vorgegangen werden sollte.
    - U.a. sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt auch deswegen benachteiligt, weil sie in der Weiter- und Fortbildung nach wie auf bestimmte Hürden stoßen können.

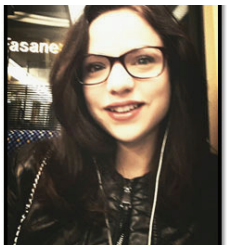
Was mir wichtig ist:

- Zwar geht es im wesentlichen um das Grundprinzip Gender Mainstreaming, und darum dass Frauen und Männer vor dem Gesetz gleich gestellt sind. Auf diesem Weg möchte ich jedoch betonen, dass darin ein weiteres wesentliches Prinzip umfasst ist:
    - Hierbei sollte nicht vergessen werden, dass es dabei auch um ein Klima des respektvollen Miteinanders zwischen den Geschlechtern in der Politik geht.
    - Ein Miteinander bedeutet, sich gegenseitig zu bestärken, und sich nicht zu bekriegen oder auf der Lauer zu stehen, und nur auf die Fehler des anderen zu warten.

- Unsere Politik braucht Frauen und unsere Politik braucht Männer, die gemeinsam gegen geschlechtsspezifische Ausgrenzung und Diskriminierung vorgehen. Je mehr realisieren, wie wichtig das für eine politische Gemeinschaft ist - desto stärker kann diese Gemeinschaft werden, und desto gesünder und erfüllender wird es sein, aktiv in dieser Gemeinschaft zu sein!

Ich habe lange nach guten Zitaten Ausschau gehalten, die ausdrücken, dass es um ein Miteinander und nicht um einen Kampf der Geschlechter geht. Ich bin immer noch auf der Suche nach so einem solchen, seriösen Spruch, der deutlich macht, dass wir zwar respektvoll Konflikte austragen können, aber am Ende des Tages gegenseitig von einander profitieren und uns ergänzen. Fürs Erste habe ich das gefunden – durchdrungen von Alltags-Stereotypen über unsere Macken und Ängste. Aber ich finde es lustig ;)

„Männer brauchen Frauen, damit sie bei Schnupfen nicht sterben.
Frauen brauchen Männer, damit die Spinnen sie nicht töten".



SVENJA FRIESS

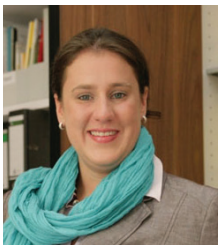
Liebe Leser*innen,
ich bin 22 Jahre jung und studiere in Heidelberg politische Ökonomie im Bachelor. Seit nun bereits über 5 Jahren bin ich bei den Jusos und in der SPD aktiv. Hier habe ich Erfahrung in der Gremienarbeit im Juso-Kreisvorstand (Stuttgart & Karlsruhe) sammeln können. Zur ASF kam ich über einige engagierte Genossinnen die mein Bewusstsein auf die politische Dimension von Geschlechter-unterschieden lenkten. Später besuchte ich an der Uni mehrere Kurse in feministischer Philosophie und Geschlechtersoziologie um mein Wissen auch theoretisch zu fundieren.

Politisch sind für mich insbesondere die Situation von Prostituierten, Gleichstellung in der Arbeitswelt, Kapitalismuskritik und der Kampf gegen Alltagssexismus und Rassismus wichtig und ich hoffe, dass wir gemeinsam als ASF hier und in anderen Themen reale Verbesserungen schaffen können!

In dem Teil meiner Freizeit, den ich nicht in der Partei verbringe, mache ich gerne Sport (Fitness, Reiten, Laufen). Außerdem würde ich mich als „Foodie" bezeichnen, da ich leidenschaftlich gerne koche und vor allem esse und trinke, sowie mich Lebensmittelkunde begeistern kann.

Es würde mich sehr freuen, viele von euch persönlich kennenzulernen - ob nun in einem politischen Gespräch oder privat!

REBECCA HUMMEL



„Es gibt nichts Gutes, es sei denn man tut es!"

Ich freue mich sehr, dass ich in den kommenden zwei Jahren daran mitwirken kann, dass der ASF-Landesvorstand „Gutes" tut.

Es zeigt sich immer wieder an vielen Stellen, dass es wichtig für die SPD ist, starke Frauen zu haben. Alle Menschen im Land verdienen eine gute Politik, nur wenn es der SPD gelingt, auch die Frauen als Wählerinnen zurück zu gewinnen, werden wir langfristig sozialdemokratische Politik verwirklichen können. Die Frage der Gleichberechtigung spielt in allen Politikbereichen eine wichtige Rolle. Egal, ob es in der Rentenpolitik um die Anerkennung von Erziehungszeiten oder bei der Arbeitsmarktpolitik um die gleiche Bezahlung und gleiche Chancen für Männer und Frauen geht. Ob die Frage von Kinderbetreuung über den (Wieder-)Einstieg in den Job entscheidet oder der Erzieherberuf so ausgestaltet werden sollte, dass er auch für Männer attraktiv ist.

Speziell werde ich mich mit meinen Schwerpunkten im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit einbringen. Seit vergangenem Oktober bin ich bei der Stadt Münsingen für die Koordination der Flüchtlingsarbeit zuständig. Diese Erfahrungen, ebenso wie meine Erfahrungen aus der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in meinem Heimatort werde ich in den Landesvorstand einbringen. Auch hier zeigen sich ganz spezielle Bedürfnisse von geflüchteten Frauen. In erster Linie muss weltweit der Schutz der Frauen vor Übergriffen sichergestellt werden. Nicht erst mit dem Familiennachzug müssen Strategien entwickelt werden, wie auch Mädchen und Frauen in unsere Gesellschaft gut integriert werden können. Angebote zum Spracherwerb, welche eine Kinderbetreuung beinhalten, sind hier nur ein kleiner erster Ansatz.

Es würde mich sehr freuen, wenn die Arbeit des ASF-Landesvorstands noch besser mit der Partei und den anderen Arbeitsgemeinschaften verknüpft werden könnte.

Für alle, die noch ein bisschen was über mich erfahren wollen:

Lebenslauf:
Seit 2015 Integrationsbeauftrage bei der Stadt Münsingen
Seit 2011 Büro Klaus Käppeler, MdL
2005-2011 Büro Rudolf Hausmann, MdL
2004-2011 Studium Politikwissenschaft und Allgemeine Rhetorik (M.A.)
2004-2005 T-Punkt Business Reutlingen
2003-2004 Praktikum beim SPD Landesverband BaWü
2003: Abitur

Partei:
Seit 2015 Mitglied im AsF-Landesvorstand
Seit 2013 Mitglied im SPD-Landesvorstand
Seit 2009 Gemeinderätin in Eningen
Seit 2009 stellv. Kreisvorsitzende
Seit 2007 Ortsvereinsvorsitzende OV Eningen
2005-2008 Juso Kreisvorsitzende
Seit 2003 Mitglied im SPD-Kreisvorstand Reutlingen
2001: Eintritt

STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS

Geboren am 11.11.1965 in Thessaloniki / Griechenland, seit 1986 verheiratet mit Alexandros Efremidis, 3 Kinder im Alter von 28, 26 und 21 Jahren

Ausbildung: Volontariat bei der griechischen Zeitung „Thermaikos“ in Thessaloniki/ Griechenland

Beruf: Gastronomin: Griechisches Restaurant „Beim Alex“, Ausbilderin, freie Journalistin

Seit 2012 Trägerin des Verdienstkreuzes am Bande der Bundesrepublik Deutschland

Ehrenamt:

- seit 1998 Vorsitzende des Koordinierungskreises zur Integration in Weinheim
- seit 1999 Stadträtin in Weinheim / seit 2014 Fraktionsvorsitzende
- seit 2009 Kreisrätin¬¬
- seit 2000 Vorsitzende des griechisch-deutschen Freundeskreises PHILIA e.V.
- seit 2005 Vorstandsmitglied des Netzwerkes griechisch-stämmiger Kommunalpolitiker in Europa, AG-Sprecherin Gleichstellung und Integration in Europa
- Mitglied des SPD-Landesvorstands Baden-Württemberg
- Mitglied des ASF-Landesvorstands Baden-Württemberg
- Mitglied des SPD-Kreisvorstandes Rhein-Neckar
- 2013 Bundestagskandidatin für den WK 295
- 2015 Sprecherin der AG Migration und Vielfalt Rhein-Neckar, stellvert. Vorsitzende der AG in Ba-Wü

Liebe Genossinnen!
Seit 30 Jahren bin ich Mitglied in der SPD. In diesen Jahren habe ich mich unterschiedlich engagiert. Ob für Kinder- und Familienpolitik, Gleichstellung der Geschlechter, Migration und Vielfalt oder Europa – immer war und ist für mich der Mensch im Focus. Soziale Ungerechtigkeit finde ich unerträglich. Vor allem die in vielen Bereichen nicht vorhandene Gleichstellung der Fauen, ist für mich unerträglich.

Seit vielen Jahren bin ich nun schon im ASF-Landesvorstand und versuche unsere Idee von Gleichstellung und Gleichberechtigung mit voranzubringen. Es darf einfach nicht sein, dass auch im Jahr 2016 Frauen, für die gleiche Arbeit, weniger verdienen als Männer, unser Landesparlament immer noch sehr „männerlastig“ ist und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer noch auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird. Ich setze mich dafür ein, dass sich das bald ändert und hoffe, dass wir noch viele engagierte Frauen finden, die gemeinsam mit uns an diesen Themen arbeiten.

MARIA MAUCH-FELEKIDOU

ist 27 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Sie wohnt in Sulzbach a.d. Murr und ist Polizeibeamtin sowie Studentin der Politik- und Verwaltungswissenschaft und der Soziologie. Seit 2008 ist sie in der SPD. Sie ist Sprecherin der Jusos Rems-Murr, Beisitzerin der SPD Rems-Murr, Stellv. OV-Vorsitzende Oberes Murrtal und Gemeinderätin in Sulzbach a. d. Murr.

OHNE DIE FRAUENBEWEGUNG...

- müssten Frauen bis heute ihre Männer um Erlaubnis fragen, um ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können.
- dürften Männer Arbeitsverhältnisse ihrer Frauen fristlos kündigen.
- läge das Letztentscheidungsrecht in allen Eheangelegenheiten allein beim Mann.
- dürfte der Mann über das Vermögen seiner Frau entscheiden - und über das Geld aus ihrer Erwerbstätigkeit allein verfügen.
- würde der Mann, väterliche Vorrechte bei der Kindererziehung genießen - uvm.

Erst seit 1977 gibt es in der Ehe keine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabenteilung mehr. Vergewaltigungen in der Ehe waren bis 1977 für Täter straffrei - ein unvorstellbar frauenfeindlicher rechtlicher Rahmen. Durch die Errungenschaften der Frauenrechtsbewegung ist die Gleichstellung heute rechtlich festgeschrieben. Leider gibt es immer noch keine Gleichbehandlung. Auch heute noch werden Frauen in vielen Lebensbereichen benachteiligt. Die gleichberechtigte Teilhabe an Politik, Bildung, Wirtschaft, der Zugang zum Gesundheitssystem und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper in Reproduktionsfragen sind ausschlaggebend für eine demokratische und friedliche Gesellschaft. Die Benachteiligung der Frauen in diesen Bereichen ist eine soziale Ungleichheit, die überwunden werden muss.

Das heißt, wir haben noch viel zu tun. Dafür möchte ich mich einsetzen.

DAGMAR NEUBERT-WIRTZ

ist Politikwissenschaftlerin und Soziologin. Sie arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro von Hilde Mattheis in Ulm. Darüberhinaus gibt sie freiberuflich Seminare zu den Themen Politik, ehrenamtliches Engagement und Kommunikation. Sie ist stellvertretende Kreisvorsitzende im Kreisverband Biberach und setzt sich dort für lebendige politische Diskussionen und Beteiligung der Parteibasis ein. Ihre frauenpolitischer Schwerpunkt ist: mehr Mandate für Frauen.

HANNA ROSAHL-THEUNISSEN

Ich bin 60 Jahre alt, verheiratet, habe vier Söhne und vier Enkelkinder. Von Beruf bin ich Ärztin. Den Beruf habe ich 1991 an den Nagel gehängt, als ich vom Rheinland nach Freiburg umgezogen bin. Die vier Söhne hatten mich bis dahin nicht an einer Berufstätigkeit gehindert, sehr wohl der Neuanfang mit unserer großen Familie in Baden-Württemberg. Seitdem engagiere ich mich ehrenamtlich, zum Beispiel im Gesamtelternbeirat Freiburger Schulen, in Vereinen und in der SPD.

In der AsF finden sich Frauen aus unterschiedlichsten Bereichen. Den Austausch halte ich für essentiell. Hier können Frauen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern ansprechen, in Ziele formulieren und diese - oft mit langem Atem - auch durchsetzen. Diesen langen Atem bringe ich mit nach 10-jähriger Arbeit in der Psychiatrie mit Schwerstgeistig- und Mehrfachbehinderten.

Mir ist Solidarität unter Frauen sehr wichtig. Andrea Schiele habe ich als fleißige, eifrig schreibende, in hohem Maße engagierte Frau kennen und schätzen gelernt. Ich möchte sie in den ersten Jahren ihres Vorsitzes unterstützen und bin deshalb weiterhin im ASF-Landesvorstand.

ANNETTE SAWADE MdB

ist geboren am 23.04.1953, verheiratet mit dem Sozialwissenschaftler Robert Gunderlach, drei erwachsene Kinder, drei Enkelkinder

Parteiämter: Mitglied des ASF-Landesvorstands (seit 2011), Stellvertretende Vorsitzende des SPD-Kreisverbands Schwäbisch Hall, Vorsitzende des ASF-Kreisverbands Schwäbisch Hall-Hohenlohe, Stellvertretende Bundes- und Landesvorsitzende der SGK, Vorsitzende des SGK-Kreisverbands Schwäbisch Hall-Hohenlohe

Weitere Ämter: Kreisrätin (Schwäbisch Hall), Regionalrätin (Regionalverband Heilbronn-Franken), Vorsitzende Pro Familia Stuttgart, Diakonieverein Gailenkirchen

Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden: ver.di, AWO, Männer von Brettheim, Naturfreunde, Landfrauen, Dorfladen, Europaunion, Gegen Vergessen für Demokratie, MUT,.u.a.

Ich freue mich, dass ich für weitere zwei Jahre im Landesvorstand der ASF in Baden Württemberg mitarbeiten kann. Denn wir haben noch viel zu tun. Ja es ist gut, dass nun endlich die Frauenquote in Dax Unternehmen von uns im Bundestag beschlossen wurde. Dieses Gesetz war erforderlich, weil nur mit Freiwilligkeit bei den Unternehmen nichts voranging. Selbst in unserer Partei wäre es schwierig, ohne Quote einen guten Listenplatz zu erhalten. Ich war immer dagegen, habe aber längst eingesehen, dass es ohne sie nicht geht. Deshalb muss es auch beim Landtagswahlrecht eine Änderung geben in Richtung Parität inclusive Listenwahlrecht. Und es ist einfach nicht wahr, dass Abgeordnete, die über die Listen gewählt wurden, sich weniger in ihrem Wahlkreis engagieren. Immer noch arbeiten Frauen bis fast Ende März eines Jahres umsonst, weil sie vergleichbar weniger verdienen als Männer. Deshalb gibt es noch Demonstrationen zum equal pay day jedes Jahr. Immer noch tragen Frauen die größte Last bei der Familienorganisation, ob bei der Kinderbetreuung oder der Pflege der älteren Angehörigen. In der großen Koalition wurde dank der SPD das Elterngeld plus eingeführt und das Betreuungsgeld per Gerichtsbeschluss abgeschafft. Die Kommunen erhalten mehr finanzielle Mittel für die Kinderbetreuung. Mit dem Pflegestärkungsgesetz wurde die Arbeit der pflegenden Angehörigen wenigstens etwas verbessert. Aber noch immer gehen Frauen als erste in eine Teilzeitbeschäftigung oder einen Minijob mit verhehrenden Folgen für ihre Rentenbiografie. Hier muss sich noch vieles im Bewusstsein ändern. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss selbstverständlich werden, jeder und jede sollte sich frei für die geeignete Lebensform entscheiden dürfen. Ja das gilt auch für die politische Arbeit von Frauen. Ich finde es gar nicht gut, wenn Frauen sich ein politisches Amt oder den Vorsitz eines Vereins nicht zutrauen. Frauen sind doch auch auf allen Gebieten aktiv unterwegs, organisieren Weiterbildungen, steigen wieder in ihre Berufe ein, arbeiten Vereinschefs zu, aber dann selbst an die Spitze? Warum eigentlich nicht! Liegt es an mangelnden Netzwerken oder dem Hang alles hundertprozentig richtig zu machen? Welcher Mann tut das denn? Es gibt wie bereits geschrieben noch viel zu tun, auch Frauen zu überzeugen, dass sie sich sowohl für berufliche als auch politische Führungspositionen bewerben sollen und den Männern klar zu machen, dass es ein Gewinn ist gemeinsam für eine echte Gleichberechtigung zu streiten.

ANDREA SCHIELE

arbeitet für den Gesamtbetriebsrat des DGB in Ravensburg. Als aktive Gewerkschafterin – sowohl beruflich als auch im Ehrenamt – ist eines ihrer frauenpolitischen Schwerpunktthemen Frauen in der Arbeitswelt und die sich daraus ergebenden Auswirkungen in die Sozialversicherungssysteme. Ein weiteres wichtiges Thema von Andrea ist der Einsatz gegen jede Form von Rassismus und Faschismus. Als Fachkraft für Rechtsextremismusprävention setzt sie sich seit 2013 verstärkt in der Aufklärungs- und Weiterbildungsarbeit zu Strukturen und Auftreten der extremen Rechten ein. Ihr Blick gilt auch hier den Frauenstrukturen sowie deren Außenwirkung. Sie ist Vorsitzende der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen“ (VVN-BdA) in Ulm und Mitglied im „Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V.“ (DZOK). Dieser setzt sich zum einen für die historische Aufarbeitung der NS-Zeit in Ulm ein und betreibt auch die KZ-Gedenkstätte in Ulm in der sie regelmäßig Aufsichten und Führungen übernimmt.

Aufgewachsen in Baden-Württemberg, war sie seit 1986 bei den Jusos, bei der AsF, im Ortsverein als auch im Kreisvorstand in Villingen-Schwenningen bzw. im Schwarzwald-Baar-Kreis aktiv. Mittlerweile lebt Andrea in Ulm. Dort ist sie Mitglied im Kreisvorstand und AsF-Kreisvorsitzende. Seit 2009 verstärkt Andrea mit Hartnäckigkeit ausgestattet, leidenschaftlich und motiviert den ASF-Landesvorstand.

DR. CLAUDIA SCHÖNING-KALENDER

wohnt in Mannheim-Wallstadt, ist verheiratet, arbeitet als Lehrbeauftragte an der Universität Koblenz-Landau und außerdem als Projektberaterin, wissenschaftliche Autorin und geschäftsführende Vorsitzende des Mannheimer Frauenhauses e.V. Mit ihren Studienfächern Germanistik, Geschichte, Russisch, Kulturwissenschaft und Entwicklungssoziologie in Hannover, Tübingen und Istanbul hat sie es sich nie im Elfenbeinturm gemütlich gemacht, sondern immer engagiert den Boden der Tatsachen beackert. So ist sie u.a. seit 2004 Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Mannheim-Wallstadt, Sprecherin des SPD-Bezirksbeirates, Mitglied des Kreisvorstands und seit 2007 Kreisvorsitzende der Mannheimer. Seit 2010 ist Claudia Mitglied des ASF-Bundesvorstands. Im ASF-Landesvorstand liegt Claudia Schöning-Kalender besonders das Thema Integration am Herzen. Höher schlagen tut es außerdem, wenn es um Literatur, Sport, Kino oder Reisen geht.

CLARA STREICHER

21 Jahre alt, seit über 7 Jahre SPD-Mitglied, seit fast zwei Jahrzehhnten für die SPD aktiv und bereits zum zweiten mal in den ASF-Landesvorstad gewählt Wer denkt da nicht, dass bei diesen Angaben etwas nicht stimmen kann, aber „nomen est omen“. Benannt nach Clara Zetkin, blieb ihr natürlich nicht viel übrig, als schon früh mit Politik und sozialen Werten konfrontiert zu sein. Da sie bereits im Kinderwagen bei Infoständen die „Hauptakteurin“ und schon im Kindergarten bei Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Wahlkämpfen... dabei war, blieb ihr natürlich nicht viel übrig, sich dann auch später aktiv und selbstbestimmt für Werte wie Solidarität und Teilhabe einzusetzen. Und dies nicht nur durch die Prägung als Tochter einer alleinerziehenden politisch engagierten Mutter. Mit 10 Jahren bereits Pressesprecherin des Jugendcafes vor Ort, dann unter anderem Riegenführerin beim DLRG und Kindertraining beim Handball, das waren wohl die Auslöser, die ihr trotz des Physikleistungskurses ihren Weg in das duale Studium soziale Arbeit bei der DHBW Stuttgart Schwerpunkt Rehabilitation aufgezeigt haben. Die Arbeit und auch die Schwierigkeiten von und für Menschen mit Behinderung und auch ihr aktuelles Engagement unter anderem bei „Jugend gegen AIDS“, als Peer (Referentin) für das Projekt Positive Schule (Aufklärungsworkshops an Schulen) und bei der Lebenshilfe Leonberg erklären schnell ihre Themenschwerpunkte: Inklusion, Feminismus und selbstbestimmte Sexualität.

Sozial, engagiert, feministisch => Clara

Viviana Weschenmoser

ist 28 Jahre alt, kommt aus Horb am Neckar im Kreis Freudenstadt und studiert Jura an der Universität Tübingen.

Politisch hat sich Viviana bislang maßgeblich kommunalpolitisch engagiert, u.a. ist sie seit 2014 das jüngste Mitglied im Stadtrat Horb. Darüber hinaus ist sie die Vorsitzende des Ortsvereins Horb und der ASF im Kreis Freudenstadt, sowie stellvertretende Vorsitzende im Kreisverband Freudenstadt - über Langeweile muss sie sich keine Sorgen machen.

Neben der Politik engagiert sich Viviana in der Gemeinde in verschiedenen Vereinen und Organisationen. Vor allem die WeltbürgerInnen Horb (Integrationsbündnis) und der Marmorwerkverein (Jugendhaus) liegen ihr am Herzen. Sie war Mitinitiatorin zur Gründung des Freundeskreis Asyl und leitet heute die hiesige Kleiderkammer.

Dieses Engagement deckt sich mit ihren politischen Schwerpunktthemen der Jugend-, Gleichstellungs- und Integrationspolitik. Viviana legt größten Wert darauf, dass bei allen Entscheidungen die Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und Ausgewogenheit gewahrt werden.

Für die Arbeit im Landesvorstand der ASF strebt Viviana an, mittels verschiedener Projekte und Aktionen mehr Frauen für die Politik begeistern zu können; sich im Bereich „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit“ einzubringen; spezifische Integrationsmaßnahmen voran zu bringen um Frauen mit Migrationshintergrund in den beruflichen und sozialen Alltag in mitten unserer Gesellschaft einzubinden, mithin für eine tatsächliche Gleichstellung einzutreten und voran zugehen.

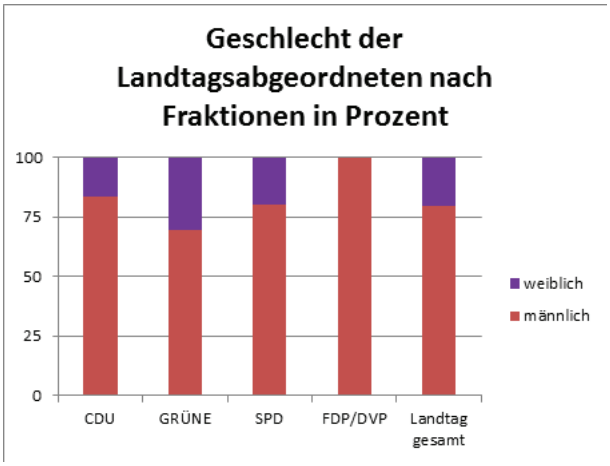
TATEN STATT WORTE! ES WIRD ZEIT!

FRAUEN UND WAHLEN

Frauen wählt Frauen! Quotiertes Reißverschlussverfahren und Listenwahl auch bei der Landtagswahl! **Mehr Mandate, gleiche Mitsprache und Mitentscheidung für Frauen!** Wie ein Mantra wiederholen wir seit über einem Jahrhundert die Forderung nach gleicher Mitbestimmung der Geschlechter. Und was haben wir erreicht? Einiges – aber von der Hälfte des Kuchens sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht die Dringlichkeit unserer Forderungen. Und wir versichern euch: wir werden nicht müde werden, diese elementaren Forderungen weiter zu stellen, bis wir unser Ziel erreicht haben.

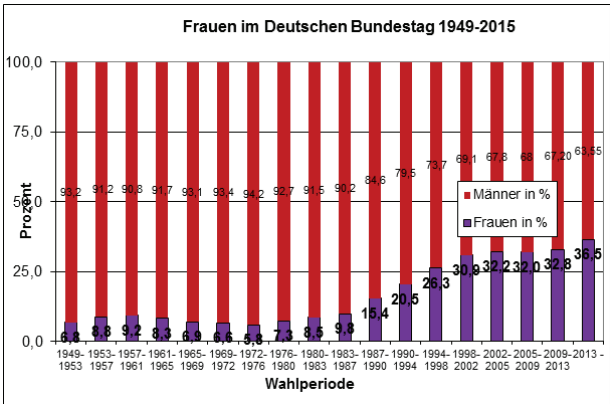
Der **Landtag** in Baden-Württemberg hat bundesweit den geringsten Frauenanteil mit 20,3 Prozent. Um es zu betonen: Ein Fünftel. Im 21. Jahrhundert. Wie peinlich ist das denn?

Wie die Grafik des Geschlechteranteils in den Landtagsfraktionen zeigt, ist auch die SPD trotz aller Sonntagsreden hier lediglich Durchschnitt. Aber es kommt noch schlimmer: Aufgrund der Überzahl der männlichen Kandidierenden in den Wahlkreisen steht zu befürchten, dass der Frauenanteil im kommenden Landtag noch niedriger sein wird.



Im **Bundestag** konnte der Frauenanteil erst dadurch gesteigert werden, als in den 80er Jahren mit dem Einzug der Grünen (heute Bündnis 90/Die Grünen) und später der PDS (heute DIE LINKE) quotierte Listen ihre Wirkung entfalteten. Auch die SPD führte damals eine Frauenquote ein. Seitdem verharrt der Frauenanteil etwa bei einem Drittel der Abgeordneten. Der Grund: Erstens werden bei der Nominierung der Direktkandidierenden in den Wahlkreisen überwiegend männliche Bewerber nominiert. Zweitens gibt es bei der Aufstellung der Länderlisten keine allgemein verbindliche Geschlechterquote mit Reißverschlussverfahren. Ergebnis: der Frauenanteil kommt seit über 30 Jahren kaum voran. Nur bei der letzten Bundestagswahl stieg der Frauenanteil leicht. Dass dem Bundestag erstmals in der Geschichte mehr als ein Drittel Frauen angehören, ist aber zu einem Großteil dem Ausscheiden der FDP-Fraktion zu verdanken, bei der der Frauenanteil stets am niedrigsten war. Und nicht einer klugen und gerechten Vorgehensweise bei der Aufstellung der Wahlbewerberinnen und –bewerber.

Wie alle, die sich damit beschäftigen wissen und wie es auch geltende Beschlusslage der SPD Baden-Württemberg ist, kann der Frauenanteil in den Parlamenten nur wirksam erhöht werden, wenn das **Wahlrecht auf eine quotierte Listenwahl** im Reißverschlussverfahren umgestellt wird. Im Koalitionsvertrag der grün-roten Koalition war die Reform des Landtagswahlrechts auch vereinbart. Wir hatten die Chance, diese elementare Forderung durchzusetzen und das Wahlrecht in Baden-Württemberg gerechter und transparenter zu gestalten. Aber diese Chance wurde vertan.



Die **Reform des Landtagswahlrechts** ist gescheitert, da die darüber entschieden, die sich davor gefürchtet haben, von ihrer Macht etwas abzugeben. Und das eigene Mandat war ihnen wichtiger als die Durchsetzung der Ziele, für die sie gewählt wurden. Aus diesem Grund hat es auch in der Schweiz bis 1972 gedauert, bis Frauen das Wahlrecht erhielten. Ein Vorbild ist das nicht. Und wir sind immer noch sauer!

Wenige Wochen vor der Wahl fordern wir lautstark: Frauen wählt Frauen! SPD, setze dich im Regierungsprogramm und bei den - hoffentlich - eventuell - falls wir unsere Inhalte glaubwürdig vertreten - unter unserer Beteiligung stattfindenden Koalitionsverhandlungen für ein gerechtes Wahlrecht ein. Fraktion, halte dich an Parteitagsbeschlüsse. Es wird Zeit!

Dagmar Neubert-Wirtz

+ ERFOLGSMELDUNG +

KOSTENÜBERNAHME VON BETREUUNGSKOSTEN

Ein regelmäßig genannter Grund für die Zurückhaltung von Frauen bei der Bewerbung um kommunale politische Mandate ist die Frage der Betreuung von Kindern und / oder pflegebedürftiger Angehöriger während der Sitzungszeiten. Einige Kommunen haben das erkannt und wurden aktiv, um die Kosten der Betreuung zu erstatten. Die grün-rote Landesregierung habt mit der Novellierung der Gemeindeordnung im § 19 Absatz 4 in dem die Kostenübernahme seit dem **01.12.2015** geregelt ist, dies nun für alle Kommunen verbindlich geregelt. Das ist ein wichtiger Baustein für mehr Beteiligung von Frauen. Der neue Text lautet:
„Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von plege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit werden erstattet. Das Nähere wird durch Satzung geregelt.“

Wir haben keinen Überblick, ob die Kommunalverwaltungen hier landesweit automatisch aktiv geworden sind. Falls nicht ist dieser Artikel hoffentlich Anstoß für entsprechende Anträge. Wir wissen aber, dass es Verwaltungsvorlagen mit dem Vorschlag einer „Betreuungspauschale“ pro Sitzung gibt. Nun wissen alle, die schon mal eine Betreuung finanzieren mussten, dass dies in der Regel nach Stunden und nicht nach „Pauschalen“ pro Einsatz erfolgt. Ebenso wissen alle, die schon mal an Rats- oder Ausschusssitzungen teilgenommen haben, dass es keinen festen Zeitrahmen gibt, innerhalb dessen die Sitzungen beendet werden. Somit birgt eine Pauschale die hohe Wahrscheinlichkeit das ein Teil der notwendigen Betreuungskosten nicht abgedeckt und weiterhin von den Mandatsträger_innen mit Betreuungsverantwortungen ein zusätzlicher finanzieller Aufwand gefordert sein wird. Das ist aber sicher nicht im Sinne des Gesetzes. Dabei fehlt noch völlig der Blick die Frage nach der Benachteiligung von Gremienmitgliedern ohne Kinder im Falle, dass die Pauschale die tatsächlichen Betreuungskosten übersteigt oder die Frage wie die Verantwortung für die Pflege eines/r Angehörigen nachgewiesen werden muss.

Warum hier nicht eine Erstattung gegen Vorlage einer Quittung möglich sein soll, ist auch nicht nachvollziehbar. Der finanzielle Rahmen dürfte für die allermeisten Kommunen in Baden-Württemberg überschaubar sein, da in den wenigsten Gremien eine starke Überzahl junger Mütter (oder Väter) zu finden sein dürfte, auch der Verwal-

tungsaufwand wäre wohl überschaubar. Eine zunehmende Verantwortung für Pflege dürfte sich ebenfalls sowohl beim Verwaltungsaufwand als auch den Betreuungskosten nicht explosionsartig im Haushalt niederschlagen.

Fazit: Grundsätzlich muss eine Kostenerstattung in die Satzungen aufgenommen werden. Sollte es einmal einen guten Grund für eine Betreuungspauschale geben, dann sollte sie so ausgestattet sein, dass die Betreuungskosten realitätsnah abgebildet werden. Mein Vorschlag an dieser Stelle: Die durchschnittliche Sitzungsdauer des letzten Jahres mit dem Tarif-Stundensatz einer qualifizierten Pflegefachkraft zu multiplizieren und daraus gerundet die Pauschale zu bilden und diese mit einer regelmäßigen Überprüfung (alle fünf Jahre) neu zu bewerten. So könnte die Benachteiligung durch Betreuungsaufgaben ernsthaft über eine Pauschale ausgeglichen werden, ganz im Sinne des Gesetzes. Wenn so gerechnet würde, davon gehe ich aus, dass damit die Zustimmung zur konkreten Kostenerstattung rapide zunehmen würde, denn das würde die Haushalte sicherlich stärker belasten.

Andrea Schiele

BÜRGERMEISTERIN GESUCHT!

STADTENTWICKLUNG IST NICHT NUR MÄNNERSACHE

Der Wille zur Gestaltung des Stadtbilds, die Freude am Umgang mit Menschen und die Verpflichtung gegenüber der Stadt oder der Gemeinde. Dies sind laut einer Bertelsmannstudie, die drei meistgenannten Beweggründe für das Bürgermeisteramt zu kandidieren.

Im Zuge der Studie kam auch heraus: Stadtentwicklung scheint ein Anliegen von Männern im Alter von 50-59 Jahren zu sein. Lediglich 5% aller städtischen Chefsessel werden von Frauen besetzt. Und da dachte man, die Frauenquote in den Gemeinderäten und den Landtagen sei schon „unterirdisch“. Baden-Württemberg bildet in diesen Fällen mehr als nur ein trauriges Schlusslicht. Ja es gab eine gewisse positive Entwicklung seit 1994: In zwanzig Jahren stieg die Zahl der Bürgermeisterinnen in Baden Württemberg immerhin von 4 auf 53 im Jahr 2014 (bei 1101 Gemeinden! – 4,8 %).

Im Vergleich: ein durchschnittlicher Informatikstudiengang hat 15 % Studentinnen, beim Berufsbild Bürgermeister (Frauenanteil 5-7%) bewegen wir uns im Bereich der Steinbrecher, Fernmeldetechniker, Glasmassehersteller und Schornsteinfeger. Und es gibt deutlich mehr Kutscherinnen (12,9%), Jägerinnen (13,8%) oder sogar Soldatinnen (9,7%)!

Die Landeszentrale für politische Bildung titelt gar in einem Artikel (http://www.kommunalwahl-bw.de/buergermeister.html) zur Kommunalwahl 2014:

„Eine Rarität: die Bürgermeisterin
In Baden-Württemberg werden fast ausschließlich gelernte Verwaltungsfachleute in das Amt des Bürgermeisters gewählt. Frauen stellen sich nach wie vor selten zur Wahl. Unter den mehr als 1.000 hauptamtlichen Bürgermeistern des Landes waren z.B. 2013 nur 49 Frauen anzutreffen, darunter acht Oberbürgermeisterinnen. Gemessen an der Gesamtzahl der Bürgermeister im Land sind das gerade 4,8 Prozent.

1990 wurde als erste Frau Beate Weber (SPD) in Heidelberg zur Oberbürgermeisterin gewählt und 1998 im Amt bestätigt. 2006 trat sie nicht mehr zur Wahl an.

Folgende Oberbürgermeisterinnen sind im Amt: Cornelia Petzold-Schick (parteilos) in Bruchsal, Edith Schreiner (CDU) in Offenburg, Barbara Bosch (parteilos) in Reutlingen, Angelika Matt-Heidecker (SPD) in Kirchheim/Teck, Ursula Keck (CDU) in Kornwestheim, Gabriele Dönig-Poppensieker (SPD) in Filderstadt und Sabine Becker (CDU) in Überlingen.“

Was sind die Gründe ?

Auch dazu sagt die Berthelsmannstudie: Unter 1150 zufällig ausgewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern antworteten Männer und Frauen unabhängig voneinander: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (90% aller Frauen und 73% aller Männer). Mehr Interesse an Sach-, als an Machtfragen (82% Frauen, 36 % Männer). Es folgen: „Männerdominierte Machtstrukturen“ (79%) und „Männer nehmen weniger Rücksicht“ (68%) bei den Frauen.

Brauchen wir ein Frauenförderprogramm für das Berufsbild „Bürgermeisterin“

Seit vielen Jahren bietet bundesweit mit dem „Mein Weg zur **Bürgermeisterin** – Frauen ins Rathaus“ die Bundes- SGK ein spezielles Coaching Programm dafür an. Seit vielen Jahren und Jahrzehnten werden mit speziellen Förderprogrammen, alte Strukturen aufgebrochen und Frauen an die „Männerberufe“ herangeführt. Mit dem BoysDay werden seit einigen Jahren Jungen die „Frauenberufe“ schmackhaft gemacht. Warum also kein Bürgermeisterinnen-Day?

Die Unterschiede der politischen Arbeits- und Denkweise zu erkennen, ist der eine große Schritt, den jede (männerdominierte) Partei und Wählervereinigung gehen muss, um Frauen für Kommunalpolitik im Gemeinderat und dem Rennen ums Bürgermeisteramt zu gewinnen. „Mann“ muss das natürlich auch wollen. Die Randbedingungen zu verändern, und das gilt ganz allgemein für die Arbeitswelt, ist der zweite große Schritt, um die Vereinbarkeit von Beruf(ung) und Familie zu ermöglichen.

Frauen sind bereits heute in unendlich vielen Vereinen und Verbänden engagiert dabei. In Bürgervereinen und –initiativen, Elternbeiräten, Elterninitiativen zur Kinderbetreuung, bei den Landfrauen und zunehmend auch bei dem Roten Kreuz, dem THW und der Feuerwehr bringen sie sich mit Leib und Seele ein.

So habe auch ich meinen Weg in die Politik gefunden. Das Wissen und die Fähigkeiten der Frauen sind doch da. Der „große“ Schritt in einen Gemeinderat ist eigentlich nur ein kleiner. Oftmals braucht es nur einen kleinen „Schubs“.

Daher überrascht es auch nicht, wenn die Studie belegt, dass 2 von 3 Frauen sagen, durch direkte Ansprache den Weg in die (Kommunal)Politik gefunden zu haben – und 8 von 10 Frauen sagen, sie schätzen die Möglichkeit etwas für andere zu tun und sehr nah am Bürger zu sein.

Verändert werden müssen die Randbedingungen: Unterstützung durch den Partner, Möglichkeiten von Kinderbetreuung, verlässliche Sitzungszeiten, Einhaltung von Themenstrukturen und Abläufen.

Es ist gut, dass die SPD in Baden-Württemberg einen wichtigen Schritt gegangen ist und bei der Kommunalwahl 2014 erstmals bei den Wahllisten den „Reißverschluss“ angewendet hat. Frauen und Männern konnten auf diese Art gleichberechtigt um die Plätze konkurrieren. Im Ergebnis zeigte sich, dass der Reißverschluss bei weitem noch nicht ausreicht, um Frauen auch in die Gemeinderäte zu wählen, bzw. noch wesentlich mehr zur Motivation von Frauen für diese Ämter zu kandidieren getan werden muss.

Das Bürgermeisterprogramm der SPD und SGK Baden-Württemberg hat mittlerweile einige junge Männer ins Bürgermeisteramt gebracht, nun müssen wir aber endlich verstärkt auch junge Frauen für diesen Beruf begeistern.

Der Prozess der Gleichberechtigung ist in der Kommunalpolitik noch ein langer. Frauen sind für diese Ämter aber mehr als befähigt. Manchmal noch zur Überraschung der Männer – doch daran werden sie sich gewöhnen und mit Freude in gemischten Teams arbeiten.

Annette Sawade MdB
Stellv. Landes- und Bundesvorsitzende der SGK
Mitglied des ASF-Landesvorstandes Baden Württemberg

KOSTENFREIE BILDUNG - AUCH FÜR DIE KLEINSTEN!

EINE ZENTRALE FORDERUNG IM LANDTAGSWAHLKAMPF

Der Blick auf unsere Kindergärten bzw. Kindertageseinrichtungen hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Im Mittelpunkt steht nicht mehr nur der Aspekt der Betreuung, sondern der der frühkindlichen Bildung. Kindertagesstätten und Kindergärten haben heute einen ganz klaren Bildungsauftrag. Es geht darum, Kindern schon im frühen Alter bestmöglich zu fördern, damit sich Benachteiligungen, die sich später nur sehr schwer beheben lassen, erst gar nicht ausbilden.

Entgegen jede wissenschaftliche Erkenntnis wird das Thema der frühkindlichen Bildung immer noch sehr ideologisch geführt, ein Beispiel war die Diskussion rund um das Betreuungsgeld. Obwohl tatsächlich alle Kinder, egal mit welchem sozialen Hintergrund, von frühkindlicher Bildung profitieren, gibt es gefestigte ideologische Überzeugungen, dass das Kind im häuslichen Umfeld am besten aufgehoben ist. Diesen kann man nur entgegentreten, indem man unermüdlich den Einfluss der frühkindlichen Bildung für die Bildungsgerechtigkeit und damit die Zukunft jeden einzelnen Kindes herausstellt. Damit dies gelingen kann, müssen wir allerdings gleichzeitig damit aufhören die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten und Kindergärten, wie eine Betreuungsform zu behandeln, die man sich einkaufen muss. **Sprich: Kindergärten und Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen, dementsprechend muss der Zugang kostenfrei und für alle verfügbar sein.**

In vielen anderen Bundesländern hat man diese ideologisch aufgeladene Diskussionsebene längst verlassen und (erste) Schritte in Richtung Beitragsfreiheit unternommen. In Baden-Württemberg sind wir durch die jahrzehntelange Regierung der CDU leider noch nicht so weit. Umso wichtiger war es, dass wir diese Forderung als SPD in unser letztes Regierungsprogramm aufgenommen haben. In den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen zeigte sich jedoch schnell, dass die baden-württembergischen Grünen auch in diesem Politikbereich bedeutend konservativer sind als die Bundes-Grünen. Ein konkreter Einstieg in die Beitragsfreiheit ist mit unserem Koalitionspartner leider nicht gelungen. Es blieb bei der langfristigen Absichtserklärung. Nun müssen wir entschlossen an unserer Forderung festhalten und sie zu einem zentralen Thema unseres Landtagswahlkampfs machen. Nicht nur bei diesem Thema muss den Wählerinnen und Wählern klar sein, wieso es wichtig ist, die SPD am 13. März mit einem starken Ergebnis auszustatten.

Neben dem Argument der Bildungsgerechtigkeit, stellt die Beitragsfreiheit auch eine enorme Entlastung für Familien dar. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht hat uns noch einmal verdeutlicht, wie stark armutsgefährdet viele Familien in Baden-Württemberg sind. Besonders Familien mit mehreren Kindern oder Ein-Eltern-Familien. Das ist beschämend und muss endlich zu konkreten Veränderungen zum Wohle der Familien und Kinder führen. Im Pakt mit den Kommunen konnte zwar ein schneller Ausbau der Betreuungsangebote vereinbart werden, die Höhe der Elternbeiträge war aber bedauerlicherweise kein Thema.

Einige Kommunen haben sich deshalb selbst auf den Weg gemacht, um die hohen Beiträge für Kindergarten und Krippe zu senken, indem sie diese zum Beispiel an das Einkommen der Familie geknüpft haben. Flächendeckend ist dies jedoch nicht gelungen. Vor allem im U3-Bereich und in der Ganztagsbetreuung sind Elternbeiträge von über 300 Euro inklusive Mittagessen keine Seltenheit. Durch die hohe monatliche Belastung stellen die Elternbeiträge auch oftmals eine Hürde beim (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben dar. Wer sein Einkommen zu einem großen Teil für die Betreuung der Kinder aufwenden muss, wird sich tendenziell eher für ein traditionelles Familienmodell oder Teilzeitarbeit entscheiden, obwohl die persönlichen Präferenzen anders sind. Genau dies bestätigte auch der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Ein Dilemma, von dem vor allem Frauen betroffen sind.

Luisa Boos

Impressum

Herausgeber:
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift:
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20

www.spd-bw.de
www.asf-bw.de

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, www.ifk-berlin.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redation wieder.